



1. Rede des 2. Schaffers – Matthias Ditzen-Blanke

Auf Bundespräsident und Vaterland

Meine Damen und Herren,

Unser Vaterland ist heutzutage geprägt durch eine demokratische Grundhaltung und eine westlich orientierte Wertegemeinschaft, die im Bewusstsein um die wechselhafte Geschichte unseres Landes noch mehr als andernorts aus dem verantwortungsvollen Umgang mit der eigenen Vergangenheit resultiert.

Diese heute gelebten Werte sind Teil eines Lernprozesses.

„Ich will das Land meiner Väter wieder zurückhaben“ tönte der Rechtspopulist Alexander Gauland letztes Jahr während seines Wahlkampfes. Nimmt man ihn wörtlich, so sind das Preußen – das dritte Reich – und die Anfänge der DDR.

Genau die politischen Systeme und damit verkörperten Werte also, gegen die sich unser Vaterland die Bundesrepublik Deutschland gewendet hat und damit ein demokratisches und starkes Land in der Mitte Europas geformt hat.

Folgen wir dem Historiker Heinrich August Winkler, so ist dieser normative Prozess unseres heutigen westlichen Werteverständnisses, immer auch eine Geschichte von Verstößen gegen die eigenen Werte gewesen und zugleich eine Geschichte der produktiven Selbstkritik und Selbstkorrektur.

Schauen wir aktuell auf unser Land braucht Beides es mehr denn je – Selbstkritik und Selbstkorrektur.

Was sind jedoch die Erfolgsfaktoren damit dies gelingt?

Den demokratischen Grundkonsens zu artikulieren, ist schwieriger geworden in einer Gesellschaft, die immer mehr Einzelinteressen kennt, und in einer Öffentlichkeit, die gern das Trennende gegenüber dem Einigenden betont, das Besondere gegenüber dem Allgemeinen.

Einer der wesentlichen Säulen unserer Demokratie ist die freie Ausübung des Wahlrechts, selbstverständlich der freie Wettbewerb der Parteien vor der Bundestagswahl.

Dabei gelten die Deutschen als ein Volk, dem die politische Stabilität wichtig ist.

Am 24. September letzten Jahres haben deutlich mehr Menschen von Ihrem Wahlrecht gebraucht gemacht als in den Jahren davor.

An diesem Abend dominierte bei vielen im Ergebnis das Gefühl, dass sich durch unser Land unübersehbar kleine und große Risse ziehen.

Ursache waren die im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehenden Fragen um Zuwanderung und Migration. Anschläge und terroristische Gefährdung bestimmten die Angst der Menschen, auch in unserem Land.

Ist daraus nun die Folge – wie von manchen gefordert – das Ende der Vielfalt? Die Streichung aus Angst? Der Beginn der Unterwerfung?

Die Anpassung der Mehrheit an eine intolerante Minderheit ist keineswegs die Ausnahme. Derzeit versuchen weltweit immer mehr Menschen, durch Intoleranz zu gewinnen. Demokratien der Mitte und des Maßes sind weltweit geschwächt. Populisten, Autokraten und Diktatoren sind global auf dem Vormarsch und werden jeden Tag stärker.

Auch in Europa und Deutschland müssen wir seit einiger Zeit erleben, wie die Prinzipien der offenen Gesellschaft und der liberalen Demokratie in Zweifel gezogen, zuweilen sogar lächerlich gemacht oder angefochten werden.

„Wut hat immer noch die Orientierung auf einen anderen Zustand, den man gemeinsam erreichen kann. Hass dagegen individualisiert.“ Dies beschreibt der Soziologe Heinz Bude.

Nationalistisch-populistische Bewegungen haben Konjunktur, schüren genau diesen Hass und verbreiten Feindbilder. Hass-Milieus in den sich die vermeintlich nicht Gehörten verbinden mit ihrer Verachtung unseres gesellschaftlichen Systems.

Vorurteile, Entfremdung, Enttäuschung oder Wut sind in unserem Land bei manchen so fest geworden, dass Argumente nicht mehr hindurchdringen. Im Ergebnis besteht Misstrauen gegenüber der Demokratie und ihren Repräsentanten, dem sogenannten "Establishment", zu dem wahlweise jeder gezählt wird – außer den selbsternannten Kämpfern gegen das Establishment.



Selbstkritik und Selbstkorrektur bedingen aus meiner Sicht erstmal hinzuhören und zuzuhören.

Danach folgt Verstehen und verstanden werden – das will jeder von uns.

Der Philosoph Karl Jaspers sagt: „Heimat ist da, wo ich verstehe und verstanden werde“

Diese Sehnsucht nach Heimat dürfen wir nicht denen überlassen, die Heimat konstruieren als ein "Wir gegen Die".

Für die Neuen in unserem Land heißt das zunächst einmal, unsere Sprache zu lernen.

Ohne sie gibt es kein Verstehen und verstanden werden. Wer in Deutschland Heimat sucht, kommt in eine Gemeinschaft geprägt von der Ordnung des Grundgesetzes und von gemeinsamen Überzeugungen:

Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Verfassung, die Gleichberechtigung von Mann und Frau. All das ist nicht nur Gesetzestext, es ist für gelingendes Zusammenleben in Deutschland unverzichtbar.

Für das Zusammenleben unverzichtbar ist auch, dass wir an unserer demokratischen Grundhaltung festhalten und den Kritikern offensiv begegnen.

Selbstkritik fängt dort an, wo wir uns fragen müssen, ob wir die ausgesprochene und unausgesprochene Unsicherheit in unserer Gesellschaft ernst genommen haben.

Wie ausgeprägt war unsere Aufmerksamkeit und Wertschätzung gegenüber denen, die anders über das Thema Zuwanderung dachten?

Wie sehr haben wir selbst für den notwendigen Dialog gesorgt?

In der Folge des fehlenden Zuhörens und des Verschweigens fühlten sich manche in unserem Land missverstanden und nicht ernst genommen.

Das Vakuum füllt sich durch die Wut und die unweigerlich Verrohung des politischen Diskurses. Drückt sich im ungewohnten Sprachgebrauch derer aus, die endlich gehört werden wollen. Die selbst ernannten „Volksanwälte“, die sich als Retter des Rechtsstaates inszenieren und mit Slogan wie „Hol Dir Dein Land zurück“ und „Alles für Deutschland“ sich gegen die Demokratie wenden.

Ja -Wir brauchen für unsere Demokratie die Konkurrenz der Meinungen und Politikangebote – in Reden und Gegenrede und vor allem ohne Einschüchterung und Gewalt.

Das Ringen um das richtige Argument bedingt die Begegnung im Dialog. Wer nur auf Kundgebungen geht, um andere am Reden zu hindern, der wendet sich gegen genau die offene Debatte, die er einfordert.

Die Herausforderung ist, dass ein Teil der Gesellschaft nur noch „Online“ im Netz ist.

Dort, wo im Schutz der Anonymität der Ton immer lauter und schriller wird, und trotzdem Sprachlosigkeit um sich greift, weil wir kaum noch dieselben Nachrichten hören, Zeitungen lesen und Sendungen sehen. Somit lässt sich das eigene Argument kaum mehr abprüfen an den Argumenten der anders denkenden.

Die Echokammern des Netzes tragen mit Ihren Algorithmen verlässlich zur Bestätigung des eigenen Argumentes bei.

89 Prozent der Bundesbürger sind im Netz – damit sind 62 Million Deutsche online. Davon sind 31 Millionen bei facebook registriert – der modernen sozialen und dennoch anonymen Begegnungsstätte des Internets.

Bisherige Zuschauer oder Leser werden zu Usern. Die Informations- Illusion des Netzes wird gestärkt, viele sind heute selbst Sender, als mobile Video- und Bildproduzenten, als Instagram- und Facebook- Poster, als Online-Kommentatoren, Konsumenten und Produzent zugleich.

Der amerikanische Präsident dabei als Twitter-König und Vorbild. Die Währung des Netzes heißt „Likes“ und „Clicks“.

Die Unterscheidung von glaubwürdiger und unglaubwürdiger Information fällt immer schwerer.

Die Verbreitung von Fake News hat bei manchem den Eindruck entstehen lassen, es sei doch ohnehin alles Lüge.



Dabei ist ja gerade die Voraussetzung für den demokratischen Prozess, eine Vielfalt im Wettbewerb und Wahrnehmbarkeit von publizierten Tatsachen und Meinungen.

Zu unserer Demokratie gehört nun einmal, dass wir uns selten alle einig sind. Das Ringen um das Richtige ist ein Merkmal von Demokratie, von Gemeinwesen und Freiheit.

Es ist in den Parlamenten verankert, aber in der Stufe davor – und mindestens genauso wichtig – in der Presse.

In Kommentaren und Leitartikeln. In Leserbriefen, Kommentarspalten und Foren. In offenen, demokratischen Gesellschaften herrscht eine bewährte Balance:

Politiker und Unternehmer handeln und gestalten, Journalisten stellen die kritischen Fragen, damit dieses Handeln und Gestalten auch wirklich den Interessen der Bürger dient.

Für Journalisten gibt es Regeln, allgemeingültige wie selbst gesetzte. Tatsachenbehauptungen müssen begründbar sein, Fakten überprüfbar, für Zitate braucht es Quellen und bei strittigen Themen muss die Gegenmeinung angehört werden.

Die eigene Meinung drückt sich im Kommentar aus.

Seit Jahrzehnten wurde und wird guter Journalismus nicht so sehr gebraucht, wie heute. Die etablierten Medien müssen sich ähnlich wie die Politik die Frage stellen, wie sie mit der sich abzeichnenden Entwicklung umgegangen sind.

Guter Journalismus berichten über das, was eigentlich verschwiegen werden sollte. Dies bedeutet auch Streit, Polemik, Debatte – und damit geistige Anregung und ein beharrliches Ringen um die richtige Sicht der Dinge, die ewige Suche nach dem richtigen Weg und prägt damit letztlich den wahren Souverän der Demokratie: den mündigen Bürger. Unsere Verfassung spricht ausführlich von unseren Rechten als Bürger.

Pflichten dagegen werden kaum erwähnt. Die Pflicht, sich durch die Auseinandersetzung mit dem Argument des Andersdenkenden zum mündigen Bürger zu qualifizieren, ist nicht benannt.

Die Pflicht zur Selbstkritik und Selbstkorrektur kann nicht verordnet werden.

In umgekehrter Weise behandelt das Grundgesetz die Pflichten des Bundespräsidenten, die vor allem auf die geistig-moralische Wirkung angelegt sind. Er soll in genau diesen gesellschaftlichen Entwicklungen Denkanstöße liefern.

Der Bundespräsident hat demnach insbesondere den Auftrag, „im Sinne der Integration des Gemeinwesens zu wirken“. Wie er diese Aufgabe wahrnimmt, entscheide er dabei grundsätzlich autonom und überparteilich, aber nicht neutral und nicht meinungslos.

Die Aufgabe unseres derzeitigen Bundespräsidenten ist gewiss nicht einfach, aber seine Bedeutung im Verfassungsgefüge nach der letzten Bundestagswahl umso größer.

Erst recht in einer Zeit, die von manchen Beobachtern bereits zur beunruhigenden Zeitenwende dramatisiert wird.

Seit März letzten Jahres ist unser Bundespräsident Frank Walter Steinmeier im Amt.

Bei seiner Antrittsrede benannte er: „Wir müssen über Demokratie nicht nur reden – wir müssen wieder lernen, für sie zu streiten!“.

Jahrzehnte erfahren in der Politik, als Chef der niedersächsischen Staatskanzlei, als Kanzleramtsminister Gerhard Schröders, als Außenminister Angela Merkels.

In den ersten Monaten blieb der im diplomatischen Geschick erfahrene und eloquente langjährige Außenminister in seiner sachlichen, geräuschlosen Art für viele farblos.

Nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen folgten von ihm klare Worte:

„Wer sich in Wahlen um politische Verantwortung bewirbt, der darf sich nicht drücken, wenn man sie in den Händen hält.“

Seine Rolle lebt von großen Reden und mutigen Gesten, davon das einer aufmischt, nicht beruhigt. Seine Macht ist die Macht der Worte, das Mittel des Dialogs. Diese hat Frank Walter Steinmeier wirkungsvoll in den Gesprächen mit den Parteien um die Notwendigkeit der Verantwortungsübernahme eingebracht.



Die Parteien und Mandatsträger mag er mit seinen Worten erreichen und zum Einlenken bewegen. Die Journalisten und etablierten Medien mögen seine Worte in die Öffentlich transportieren.

Die Flucht der so genannten „Wutbürger“ in die Selbstbestätigung des Netzes lässt die auf die geistig-moralische Wirkung angelegten Worte unseres Bundespräsidenten bei denen, die sich von unserer liberalen Wertegemeinschaft abgewendet haben, jedoch teilweise verklingen.

Demokratie ist ein politischer Lernprozess – er ist unabgeschlossen und ergebnisoffen.

Damit Selbstkritik und Selbstkorrektur gelingt, bedarf es aus meiner Sicht, dass wir uns die Verantwortung für unser Land zu eigen machen.

„Ich will das Land meiner Väter wieder zurückhaben“ – das ist ein Rückschritt und kein Schritt in die Zukunft.

Für uns Bürgerinnen und Bürger heißt das: wir müssen uns selbstbewusster um die Demokratie kümmern – und auch wieder lernen - wie unser Bundespräsident benennt - für Sie zu streiten.

In der täglichen Begegnung mit denen, die sich lieber von anderen Argumenten abwenden.

Im anonymen Netz begegnen wir Ihnen jedoch nicht. Aber umso mehr in der Nachbarschaft, im Unternehmen, in der Gastwirtschaft – im Alltag eben.

Ich glaube, unsere Demokratie, unser Gemeinwesen lebt davon, dass immer wieder Menschen den bequemen Beobachterposten in der Sofaecke verlassen – auf dem man so herrlich alles analysieren, kritisieren und ausdiskutieren kann – um sich stattdessen einzumischen und selbst aktiv zu werden.

Lassen Sie uns unsere Vaterlandsliebe täglich mit Inhalt füllen.

Bringen wir uns kraft Amt, Aufgabe, Person und Persönlichkeit in den Dialog mit denen ein, die sonst in der Echokammer des Internets der Demokratie entgleiten! Streiten wir mit Argumenten für das Richtige – für unser Vaterland!

Meine Damen und Herren,

Auf unseren Bundespräsidenten, unser deutsches Vaterland – ein dreifaches

HEPP, HEPP, HEPP - HURRA !!